

Sache der ganzen Gesellschaft

WER SOLL DIE MEDIEN ORDNET? WER KANN ES ÜBERHAUPT NOCH IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG UND DER FLIESSENDEN GRENZEN ZWISCHEN INDIVIDUAL- UND MASSENKOMMUNIKATION? DER PUBLIZISTIKWISSENSCHAFTLER OTFRIED JARREN PLÄDIERT FÜR EIN DIE BETEILIGTEN BREIT EINBEZIEHENDES, VIELSEITIG VERNETZTES AUSHANDLUNGSVERFAHREN ANSTELLE BLOSSER STAATLICHER RECHTSETZUNG.

Otfried Jarren im Gespräch mit ZOOM K&M

ZOOM K&M: Herr Jarren, Sie beschäftigen sich als Wissenschaftler mit Medienordnungen. Wie ist das nun mit den Medien: Ordnen sie sich selbst aufgrund ihrer Eigenschaften, oder werden sie geordnet nach vorgegebenen Zielvorstellungen?

Otfried Jarren: Historisch wurde Rundfunk geordnet durch Politik mit dem Zweck, der Gesellschaft zu dienen. Mit der Ausdifferenzierung und dem Zuwachs der Medien, aber auch mit der Internationalisierung der Unternehmen ist das Mediensystem jedoch immer schwieriger zu steuern. Nationalstaaten können in ökonomische Systeme weniger eingreifen als in Kultur – vormals war Rundfunk ja Kultur und nicht wirtschaftliche Dienstleistung –, und in den sich partiell globalisierenden Bereich der Unternehmen und Programmrechte lässt sich auch nur schwer intervenieren. Die nationalstaatliche Politik verliert an Steuerungsfähigkeit, und die globalen Akteure wie die EU gewinnen nicht entsprechend an Bedeutung, weil sie den Rundfunk sowieso schon als Wirtschaftsgut betrachten und von daher keine normativen Anforderungen formulieren. Sie sagen höchstens: Bestimmte Formen von Gewalt oder von Werbung wollen wir nicht. Es werden also lediglich Defizitkataloge aufgestellt.

ZOOM K&M: Der eher kulturorientierte Europarat hat ja nun aber medienpolitisch eine andere Sicht vertreten als die EU.

Jarren: Das gilt auch für das Europäische Parlament. Die Auseinandersetzung ist durchaus noch nicht gelaufen. Man erkennt auch in EU-Gremien wieder vermehrt, dass ein öffentlicher Rundfunk wichtig ist. Der Integrationsprozess in Europa braucht eine kommunikative Begleitung und Beteiligung. Nationalstaaten haben immer ihre Medienöffentlichkeiten gehabt: Die liberale Presse begleitete das Bürgertum, die Emanzipation der Arbeiterbewegung spiegelte sich in der sozialistischen Presse. Ein politischer Prozess wie die Europäisierung, der nicht von einer politischen Öffentlichkeit begleitet wird, wäre ein Novum. Man kann nicht sicher sein, ob das funktionieren würde. Rein nach Marktkalkül agierende Medien, die sich überwiegend mit Film, Sport und partiellen "Ereignissen", aber wenig mit kulturell-politischen Themen beschäftigen, werden diese kommunikative Notwendigkeit nicht befriedigen können. Die Risiken der mangelhaften politischen

Politik kann das Mediensystem immer schlechter steuern

Gesellschaftliche Veränderungen brauchen die Begleitung durch Medien

Akzent: Medienordnungen

Kommunikation wird man nicht in Kauf nehmen wollen. Deshalb wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk wieder vermehrt Bedeutung gewinnen.

ZOOM K&M: Welches sind in der EU die konkreten Anzeichen für ein Umdenken?

Jarren: Die Zeichen sind widersprüchlich, weil die medienpolitischen Interessen und Traditionen der Länder unterschiedlich sind. Ich glaube aber, dass man im Zusammenhang mit den allgemeinen Veränderungen die Notwendigkeit des öffentlichen Rundfunks immer stärker einsehen wird. Immerhin sieht das Protokoll zum Amsterdamer Gipfel die Möglichkeit vor, dass Gebührenaufhebung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk legitim ist. Das hatten EU-Kommissionsmitglieder bestritten. Ich sehe dies als Fortschritt, denn zuvor hiess es in der zuständigen Generaldirektion, öffentlich-rechtlicher Rundfunk sei ein Subventionsempfänger, was sich mit der Marktwirtschaft nicht vertrage. Das Grünbuch der EU vom Dezember 1997 zur Medienpolitik behauptet allerdings eine technische Konvergenz von Medien- und Kommunikationssystemen, welche jegliche Regelung eines separierten Medienbereichs überflüssig mache. – Ein widersprüchlicher politischer Prozess!

Die Notwendigkeit des öffentlichen Rundfunks wird wieder bejaht

ZOOM K&M: Wenn die erklärte Politik der EU zur Technologieförderung Erfolg hat, gibt es tatsächlich in einiger Zeit nur noch digitale Netze, und Rundfunk im herkömmlichen Sinn wird Vergangenheit sein.

Jarren: Erstens ist die Behauptung der technologischen Konvergenz bisher nichts als eine Behauptung. Zur Erinnerung: Beim Kabelfernsehen hat man seinerzeit von einer interaktiven Technologie gesprochen, die Fax-Technik hat man in Europa zunächst einmal verschlafen, die Nutzung terrestrischer Frequenzen im Low-Power-Bereich hat man nicht vorausgesehen und die HDTV-Politik der EU (Versuch der Schaffung eines Standards für hochauflösende Fernsehbilder) scheiterte. Die jetzigen Prognosen sind nicht besser, und es ist völlig offen, wohin die technischen Entwicklungen gehen. Mit dem Argument der Konvergenz wird zu schnell eine bestimmte Ordnungspolitik verfochten nach der Devise: Wir brauchen nicht mehr zu unterscheiden, es wird sowieso alles eins.

Die Technologie-Prognosen waren vielfach falsch und sind nicht besser geworden

MASSENKOMMUNIKATION WIRD BLEIBEN

Zweitens: jenseits der *technischen* Konvergenz stellt sich die Frage, ob es die *soziale* "Konvergenz" überhaupt gibt, ob nicht vielmehr das Interesse an Massenkommunikation in Form von Rundfunk und Presse erhalten bleibt. Ich sehe das so: Wenn es immer mehr spezielle Angebote gibt, brauche ich umso mehr den Überblick. Ich beäuge die These von der Konvergenz deshalb skeptisch. Sie favorisiert die Interessen derer, die prinzipiell alles deregulieren wollen, weil es angeblich nur die Individualkommunikation mit einem angeblich unbeschränkten Kiosk an Auswahlmöglichkeiten geben wird.

Je mehr spezielle Angebote, desto nötiger der Überblick

ZOOM K&M: Was ist das gesellschaftliche Interesse an Massenkommunikation?

Jarren: Den Studierenden, die fasziniert sind vom Internet, versuche ich jeweils klar zu machen, dass sie selbst jenseits der spezifischen Interessen immer auch das Generelle wissen wollen. Wir wollen wissen, was in der Gesellschaft passiert und was nicht. Ich vergewissere mich darüber, was andere auch wissen, um dann handeln zu können. Dieses Handeln ist eine Konstante, die dazu führt, dass immer das Bestreben besteht, den allgemeinen Überblick zu bekommen. Wenn ich ihn habe, kann ich mir "Spezialisierungen" erlauben und mich in meinen Nischen aufhalten. Ich brauche diese Rückversicherungsmöglichkeit. Deshalb halte ich Massenkommunikation, wie auch immer sie organisiert ist, sozusagen für konstant und gesellschaftlich gegeben. Sie ist eine Voraussetzung für die weitere Differenzierung im Medienangebot.

Massenkommunikation ist ein konstantes gesellschaftliches Bedürfnis

ZOOM K&M: Kann man die Qualität dieser gesellschaftlich gegebenen Massenkommunikation durch Ordnungsmassnahmen steuern?

Jarren: Ich habe mich lange damit beschäftigt, und ich möchte in dieser Hinsicht ein wenig weiter ausholen. Die technischen Plattformen, die wir zum Beispiel im digitalen Fernsehen haben werden,

gefährden das Programmfernsehen. Denn wenn ich das Menue vor mir habe und entscheiden kann, ob ich unter Actionfilmen, Tierfilmen, religiösen Sendungen auswähle, wenn mir also die Maschine Such- und Wahlmöglichkeiten anbietet ganz ähnlich wie die Oberfläche meines PC, wenn ich zusätzlich auf eine Videothek zugreifen kann, dann scheint mir die Gefahr des Verschwindens von strukturierten Angeboten gross zu sein. Das Ziel der Regulierung muss darin bestehen, Publizistik zu sichern. Zeitnahe Reflexion über gesellschaftliche Entwicklungen – das meine ich mit Publizistik – muss durch geeignete Platzierung auf den neuen Plattformen strukturell abgesichert werden. Je mehr wir unsere sich dauernd wandelnden Spezialinteressen bedienen – zwischen dem sechzehnjährigen und dem sechzigjährigen Jarren gibt es diesbezüglich sicherlich Unterschiede – , desto schwieriger wird es, heute ein Angebot bereitzustellen, das sich so entwickelt, dass es auch dem Sechzigjährigen noch entsprechen wird. Da keiner die Gesamtheit der Interessen überblickt, entsteht die Notwendigkeit, die Vertretung der Interessen gesellschaftlich zu organisieren. Dazu bedarf es eines allgemeinen publizistischen Angebots.

Ziel der Regulierung: Publizistik sichern

ZOOM K&M: Wer könnten die Akteure sein, die mithelfen, eine solche Ordnung zu etablieren?

Jarren: Eigentlich die Gesellschaft selbst. Es gibt ja eine Ernüchterung. Bei der Einführung des dualen Rundfunksystems hiess es, man wolle politische Pluralität, lokale Vielfalt. Auch in der Schweiz hörte man Töne dieser Art. Aber was kommt dabei heraus? Wenn ich die Programme anschau, stelle ich – empirisch belegt – fest, der Anteil der politischen Programme, der Kultur ist gering, Bildung faktisch nicht vorhanden. Die Ausgangsthese finde ich, wenn ich die Resultate betrachte, gar nicht wieder. Stattdessen sehe ich Tendenzen zur Entpolitisierung, zur Oberflächlichkeit, zur Banalisierung in allen Bereichen. Das führt nun allerdings auch dazu, dass man vermehrt einsichtige Köpfe findet, welche merken, dass dies nicht die Lösung der gesellschaftlichen Probleme sein kann.

Das duale System führte zu Entpolitisierung, Oberflächlichkeit, Banalisierung

ZOOM K&M: Eine solche Beurteilung setzt immerhin voraus, dass man sich auf die Arbeitshypothese verständigt, Gesellschaft könne gestaltet werden – was nicht eben dem Zeitgeist entspricht.

Jarren: In der Tat: Man läuft dann Gefahr, als Vertreter eines veralteten Gesellschaftsmodells zu gelten. Die Kritik daran ist aber an einer Stelle berechtigt. Wir müssen verschiedentlich erleben, dass der Staat an der normativen Lenkung der Gesellschaft ein Interesse findet, und das ist natürlich gefährlich. Wenn ich davon spreche, Publizistik müsse abgesichert werden, so meine ich damit, dass im Medienbereich ordnungspolitisch umgesteuert werden muss. Man wird erstens akzeptieren müssen, dass man alle Programme als gleich anzusehen und an alle gleich hohe oder tiefe Anforderungen zu stellen hat. Zweitens ist die Rezeption nicht zu beeinflussen. Selbst das beste Angebot kann bei kleinsten Quoten steckenbleiben. Meines Erachtens kommt es darauf an sicherzustellen, dass öffentlich-rechtliche Anbieter da sind. Wie im Wohnungsmarkt und anderen Bereichen braucht es öffentliche Einrichtungen, die im Wettbewerb eine gewisse Qualität sicherstellen, eine Marktgegenkraft darstellen, die nach anderen Logiken anbieten kann. Damit werden Qualitätsmassstäbe beeinflusst. Das Umsteuern sehe ich im Wegkommen von der Vorstellung, dies alles müsse staatlich organisiert sein. Wir müssen die Gesellschaft mehr in die Pflicht nehmen, und die Gesellschaft will es auch so. Gesellschaftliche Organisationen wie die in medienwissenschaftlichen Kreisen andiskutierte “Stiftung Medientest”, Medienräte, kirchliche, gewerkschaftliche, umweltpolitische Organisationen müssen gestärkt werden und sollen die Möglichkeit der Intervention haben. Das obrigkeitsstaatliche “Fürsorgemodell” läuft zunehmend ins Leere, weil staatliche Organisationen in der Gesellschaft an Bedeutung verlieren, weil ihre Normen “wackliger” werden und weil sie immer weniger Individuen an sich binden und erreichen können. Stattdessen kann man den Markt mehr in die Pflicht nehmen. Man kann regulieren, indem man die Offenlegung von Unternehmensleitsätzen verlangt, Redaktionsrichtlinien fordert und für verbindlich erklärt, Medienräte einrichtet etc. Solche marktnahen wie auch marktfernen Instrumente können zur Reflexion und zur Selbstbindung führen, und zwar auf der professionellen Seite der

Das Vorhandensein öffentlicher Anbieter verändert die Qualität des Markts

Die Gesellschaft kann den Markt in Pflicht nehmen

Akzent: Medienordnungen

Journalisten wie bei gesellschaftlichen und ökonomischen Akteuren. Es ist wesentlich, dass dies relativ schnell passiert, um Gegenmächte unterschiedlichster Art zu haben. Der Staat wird sich weitgehend beschränken auf die Bereiche von Wettbewerbsrecht und auf das, was man als Struktursteuerung (Sicherung von Zugängen etc.) bezeichnen kann. Die entstehende Ordnung wird dann weniger vom Staat vorbestimmt, sondern von den Beteiligten ausgehandelt werden.

BREITES GESELLSCHAFTLICHES AUSHANDELN

ZOOM K&M: Gibt es funktionierende Modelle eines solchen gesellschaftlich breit abgestützten Aushandelns politischer Angelegenheiten?

Jarren: Weniger im Medienbereich, aber der Telekommunikationsbereich funktioniert stark nach diesem Muster, etwa bei den Transparenzgeboten. Beispiele dafür finden wir bei der amerikanischen FCC (Federal Communications Commission, die Regelungsbehörde für Rundfunk und Telekommunikation). Wir müssen den bei uns bisher hoheitlich gesehenen und regulierten, kaum transparenten Medienbereich in die Öffentlichkeit schieben. Wenn man ihn weiterhin im Arkanbereich der Politik lässt, führt das nicht zu einer gesellschaftlichen Einsicht, man müsse sich mit Medien auseinandersetzen. Das erforderliche Umsteuern ist zweifelsohne ein riskanter Prozess, aber ich sehe keine Alternative. Wenn Nationalstaaten auf ihren herkömmlichen Instrumenten der politischen Regulierung beharren, können sie höchstens gewisse Wettbewerbssituationen verhindern, aber sie können normativ nicht viel mehr einfordern.

Die Gestaltung des Medienbereichs muss transparent sein und öffentlich ausgehandelt werden

Zu gesellschaftlicher Einflussnahme kommt es heute meist beim Thema Gewalt. Jedesmal müssen sich mühselig Gruppen bilden, organisieren, Vorgänge skandalisieren, und vielleicht wird es gehört, und es kommt zu einer Selbstbeschränkung, siehe Reality-TV-Diskussion. Diese Themen sind moralisch relevant, liegen aber selten im juristischen Bereich – ein Indiz dafür, dass die herkömmlichen juristischen Instrumente nicht ausreichen. Derartige Themen müssen durch den gesellschaftlichen Diskurs bearbeitet werden.

Gesellschaftliche Gruppen sollen in die Gestaltung des Mediensystems eingreifen

ZOOM K&M: Wie vermittelt man solchen Gruppierungen Verbindlichkeit und Einfluss?

Jarren: Genau wie in anderen Fällen. Verbraucherverbände werden auch staatlich alimentiert, warum also nicht medienkritische Einrichtungen? Das Kernproblem liegt darin, dass "das Publikum" kein Akteur ist, es kann seine Marktmacht nicht in die Waagschale werfen. Also muss es Vorkehrungen geben, diesen Akteur zu konstituieren. Das kann durch repräsentative gesellschaftliche Gremien geschehen, aber auch durch Subventionierung mittels Abgaben, die aus dem Markt genommen werden, um medienbezogene Verbrauchereinrichtungen zu bilden.

ZOOM K&M: Die SRG hat ja eigentlich ein solches Instrumentarium in ihrer Trägerschaft. Sie soll, repräsentativ zusammengesetzt, für die Gesellschaft Einfluss nehmen auf das Programm. Bloss scheint die SRG-Trägerschaft selbst nicht immer von ihrer Bedeutsamkeit überzeugt zu sein.

Jarren: Das Modell ist sicher besser, als man oft meint. Man hat ja auch über Mitbestimmung oft enttäuscht geredet und unterstellt, sie funktioniere nicht. Wir haben vielleicht immer zu hohe Erwartungen an jede einzelne Institution und an jeden einzelnen Prozess. Mit der Behauptung, gesellschaftliche Mitsprache sei nicht effektiv, sollte man vorsichtig sein. Ich bin ziemlich sicher, dass die Möglichkeit eines Gesprächs mit anderen bei Programmachern zu gewissen Selbstbindungen führt. Wenn man diese zugegebenermaßen schwachen Einrichtungen – auch die Medienkritik gehört dazu – negieren würde, hielte ich das für gänzlich falsch. Jede Form von Gespräch und Kritik erzeugt Bindewirkungen, und dies ist nicht in Frage gestellt, nur weil wir den Nachweis dieser Wirkungen nicht unmittelbar oder kausal erbringen können. Man muss das Ganze als Netzwerk begreifen und die einzelnen Elemente profilieren: Binnenkontrolle schärfen, Aussenkontrolle verstärken, professionelle, berufskulturelle und ökonomische Regulierungen festigen. An einer Stelle war beispielsweise die deutsche Entwicklung nicht schlecht: Man hat durch Gesetz für jeden Sender einen Jugendschutzbeauftragten vorgesehen, und daneben wurde die "Freiwillige

Gespräche und Kritik sind nicht ohne Wirkungen

Selbstkontrolle Fernsehen" (FSF) etabliert. Die Tatsache, dass sich diese Kreise nun untereinander vernetzen und eine Berufspraxis entwickeln, das ist ein Ansatzpunkt.

ZOOM K&M: Stützt man sich auf Ihr Szenario der schwachen gesellschaftlichen und professionellen Gruppen, die durch Vernetzung Einfluss gewinnen, so ist es eigentlich ein kapitaler Fehler, dass die Medienordnung vom politischen System gemacht wird.

Jarren: Exakt. Politik hat ja nur die Mittel des Rechts und des Geldes, und die sind beide ziemlich verbraucht. Das Recht greift nicht mehr, und das Geld geht aus. Die Regelungsgegenstände sind hoch komplex. Interventionen zeitigen immer Folgen, die man zu Beginn eines Prozesses noch gar nicht abschätzen kann. Selbst die Definition des Regelungsbereichs wird dann vielfach zum unlösbaren Problem, indem man nicht mehr sagen kann, was Rundfunk ist und was Individualkommunikation. Trotzdem darf man Politik nicht aus der Verantwortung entlassen. Ich beharre darauf, dass sie die entscheidende Grösse und das einzige legitimierte Organ für alle ordnungsrelevanten Entscheidungen ist. Dies kann man nicht in die Gesellschaft delegieren. Politik soll zudem gesellschaftliche Kräfte moderieren, anstossen, fördern und in den Verhandlungsprozess einbeziehen. Dazu bedarf es politischer und rechtlicher Kompetenzen.

ZOOM K&M: Dies würde eine neue Vorstellung von staatlichem Handeln überhaupt erfordern.

Jarren: In der Staatstheorie wird dies schon länger diskutiert. Der Staat soll in komplexen, sich globalisierenden Verhältnissen stärker verhandeln und weniger hoheitlich setzend agieren. In pluralen Gesellschaften mit Normenvielfalt kann er ohnehin nur versuchen, durch Rahmensetzung und Kommunikation etwas zu gestalten. Ein Zurück zum starken Staat, der eherner Normen setzt, sehe ich nicht.

ZOOM K&M: Was für Instrumente braucht ein derart verhandelnder Staat?

Jarren: In der Schweiz finde ich Einrichtungen wie das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) und die Kommunikationskommission (Com-Com) interessante Formen, wo man versucht, zugleich in einer gewissen Nähe und doch mit Distanz zum Staat Probleme von Markt und Gesellschaft zusammenzubringen. Dies könnte ein zukunftsfähiges Modell sein, selbstverständlich in Kombination mit weiteren Elementen. Natürlich muss man zudem das Wettbewerbsrecht ändern und eine spezifische Kartellbehörde für den Medienbereich schaffen. Und neu zu etablierende Einrichtungen sind von den Marktakteuren zu finanzieren! Es ist auch nicht einsehbar, warum Lizenzen verschenkt werden. Warum sollen sie nicht versteigert werden wie in Grossbritannien? Alle diese Elemente würden dazu führen, dass betriebswirtschaftliche Kostenwahrheit geschaffen und eine realistische Wettbewerbssituation hergestellt würde. Eigentümlicherweise ist dies in der industriellen Produktion bezogen auf ökologische Anforderungen mit Vorgaben und Grenzwerten konsensfähig, nicht aber im Medienbereich. Offensichtlich aber fehlt es dort, wo es um unsere soziale Umwelt geht, an Bewusstsein.

ES FEHLT EIN KRITISCHES BEWUSSTSEIN

ZOOM K&M: Wird nicht die rasante Medienentwicklung der hochindustrialisierten Länder das zur Zeit noch fehlende Problembewusstsein zwangsläufig in Bälde wecken?

Jarren: Da wäre ich vorsichtig. Klar scheint mir zu sein, dass Umbrüche anstehen: Europäisierung, Globalisierung, soziale Veränderungen mit grossen Armutproblemen und die dadurch ausgelösten Irritationen. Auch die Situation in den ehemaligen Ostblockstaaten zeigt auf Probleme hin, die sehr nah sind. Wir brauchen eine andere Art, Probleme zu bearbeiten. Die Möglichkeiten, durch Geld zufriedenzustellen, gehen zurück. Recht ist nicht mehr so wesentlich, weil es an Bindewirkung einbüsst. Dadurch treten andere Ressourcen wie Information und Kommunikation in den Vordergrund. Damit spielen Medien eine entscheidende Rolle – man kann und darf die Entwicklung eben nicht treiben lassen. Ein Modell "Brot und Spiele" – das eine wird euch genommen und etwas anderes dafür gegeben – wird zunehmend als riskantes Geschäft durchschaut. Das Umdenken kann

Trotz den Steuerungsproblemen ist Politik verantwortlich für Strukturentscheidungen und für Moderierung des Verhandlungsprozesses

Bakom und Com-Com sind zukunftsfähige Modelle staatlicher Instrumente

Akzent: Medienordnungen

aber gefährdet werden, wenn die Politik sich die Medien als Einflussmittel retten und sie nicht in die Gesellschaft hineingeben will. Dann würde eine Instrumentalisierung durch Politik stattfinden, was man teilweise in Grossbritannien sehen konnte. Die ersten politischen Skandale von Blair waren Medienskandale. Deutsche Wahlkämpfe und italienische Verfilzungen sind weitere Beispiele für problematische Beziehungen zwischen Medien und Politik. Je mehr politische Systeme unter Stress geraten, desto stärker wird ihr Einflussbemühen. Dies finde ich gefährlich, und es braucht einen Kraftakt, um die Medien zur Sache der ganzen Gesellschaft zu machen.

ZOOM K&M: Wen sehen Sie als mögliche Schrittmacher, die diesen Kraftakt voranbringen können? Müssen die Medien sich selbst thematisieren?

Jarren: Die Medien beschäftigen sich schon miteinander, aber meist mit der Haltung derjenigen, die ihrerseits Kritik nicht provozieren wollen. Der notwendige Schritt ist schwierig. Wann immer ich meine Ideen darstelle, höre ich den Einwand, die Leute seien gar nicht fähig, sich kritisch mit Medien auseinanderzusetzen. Das halte ich für völlig absurd, denn sie tun es längst – allerdings nach unterschiedlichen, eigenen Massstäben. Skandale und Konflikte um Medien zeigen auch, dass man das kritische Potential der Gesellschaft nicht unterschätzen sollte. Es hat selbstverständlich problematische Aspekte, wenn die Kritik auf der einen Seite zu überschüssenden Erwartungen gegenüber den Medien und absurden fundamentalistisch-moralisierenden Tendenzen führt und auf der anderen Seite Resignation auslöst. Produktive und anhaltende gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Medien werden wichtiger. Die Wissenschaft ist da auch gefordert. Eine Schwierigkeit ist, dass die Beobachter am Rande immer weniger werden. Diese Rolle haben über lange Zeit die Kirchen gespielt, indem sie die kritisch reflektierenden Publikationen und Diskussionsforen zur Verfügung gestellt haben. Diese Plätze “am Rande” sind knapper und bedrängter geworden. Es braucht aber eine Diskussion, die von verschiedenen Stellen geführt wird. Risiken und Probleme der Medien und Medienentwicklung werden aber nicht gesehen.

ZOOM K&M: Sie plädieren dafür, das Mediensystem als eine Art Risikotechnologie zu betrachten?

Jarren: Für den einzelnen Rezipienten stellen Medien nie eine Gefahr dar. Das Problem ist immer der andere. Und dadurch, dass wir mit unserem Handeln möglicherweise zur Quote werden, generieren wir ein Angebot, das wir vielleicht insgesamt und dauerhaft auch gar nicht wollen. Da müssten Mechanismen eingebaut werden. Denn in unserem kollektiven Handeln als Medienkonsumenten agieren wir blind, so wie jeder Markt blind ist. Es muss deshalb Rückkopplungsschleifen geben. Eine davon wäre das einfache marktwirtschaftliche Prinzip, dass man für Leistungen bezahlt. Wenn ich durch Kauf von Produkten Fernsehwerbung mitfinanziere und so ein Programm fördere, habe ich dazu gar keine Beziehung. An der Diskussion um Pay-TV ist insofern etwas Richtiges – wobei es dort andere Probleme gibt wie die sozialen Zugangsschwellen zu Angeboten etc.: Immerhin werden hier nämlich Anbieter an Nachfrager gekoppelt und umgekehrt. Bei Zeitungen führt die Mischfinanzierung zu einem generalisierteren Angebot, mit unterschiedlicher Qualität selbstverständlich, aber immer mit einem gewissen Grad an Verbindlichkeit zwischen Anbieter und Nutzer. Das nützt auch der Qualität. Beim werbefinanzierten Fernsehen kann hingegen so unverbindlich produziert und konsumiert werden, dass die Folgen dann in der Tat gesellschaftlich riskant werden könnten. Deshalb ist die ursprüngliche Idee, privaten Rundfunk auf der Basis unmittelbarer Geschäftsbeziehungen aufzubauen, an sich richtig. Der Nutzer bezahlt für Leistungen, und der Anbieter richtet sich an eine direkte Nachfrage.

ZOOM K&M: Herr Jarren, besten Dank für das Gespräch.

Gefahr der politischen Vereinnahmung der Medien

Die Menschen sind fähig, sich kritisch mit Medien zu befassen

Kompetente Beobachter der Medien sind wichtig

Im Kollektiv handeln Medienbenutzer blind

Direkte Marktbeziehungen sind besser als indirekte, unverbindliche

Das Gespräch mit Otfried Jarren führte Urs Meier am 2. Juni 1998 in Zürich.